

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedertwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 19 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 10. Mai 1918

Inhalt. Einheitsfront der Arbeiter. — Eine Verschleierung des Klassenkampfes. — Bleibende Mängel im Koalitionsrecht. — Warum bist du nicht organisiert? — Ist die Abhaltung eines Verbandstages in diesem Jahre möglich? — Sitzung der Stuttgarter Schlichtungskommission für das Leder- und Schuhgewerbe. — Die Entlassung der im Jahre 1869 geborenen Landsturmlaute. — Korrespondenzen. — Soziales. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Adressen-Veränderungen. — Briefkasten der Redaktion. — Oberbefehl. — Anzeigen.

Für die Woche vom 12. Mai bis 18. Mai 1918 ist der 20. Wochenbeitrag fällig. Nur von den Verbänden gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Einheitsfront der Arbeiter.

Ein Blick in die Tagespresse irgendwelcher politischer Färbung oder sogenannten unparteiischen Zeitung beweist uns, daß wir im Zeichen der Vorarbeiten für die Uebergangswirtschaft und der Neuorientierung auf fast allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens stehen. Neue Gesetze sind in Vorbereitung, alte, als lästig empfundene, sollen beseitigt, eingeschränkt bzw. den neu entstehenden Verhältnissen angepaßt werden. Innerhalb jeder Erwerbsgruppe ist ein Wettstreit um die besten Sicherungen für alle Fälle des Lebens im Gange, so daß der Eindruck erweckt werden könnte, alle Stände des deutschen Volkes sind ernstlich dabei, nicht nur die heimkehrenden Krieger, sondern alle Volksgenossen auf Rosen zu betten. Doch wer, wenn auch nur oberflächlich, die in den Unternehmerinteressen dienenden Blätter veröffentlichten Aufsätze über Neuorientierung oder Uebergangswirtschaft liest, wird bald die Ueberzeugung gewinnen, bei ihnen handelt es sich weniger darum, dem Wohle der Allgemeinheit, sondern rein egoistischen Zwecken der eigenen Klasse und Rasse zu dienen. Ob es sich um die Beschaffung von Rohstoffen handelt, um die vorläufige Weiterführung der Kriegswirtschaft nach dem Kriege, um Steuern, um freizeitleiche Ausgestaltung des Wahlrechts und des Koalitionsrechts, um Monopolisierung, Syndizierung und Verstaatlichung irgendwelcher Industrien oder Produkte der Landwirtschaft, nichts wird von dem Standpunkt aus erwogen, wie ist die Wirkung auf das Allgemeinwohl, sondern wie kann jede Gruppe für sich am ehesten und besten ihren Vorteil wahren.

Während draußen Millionen erprobter Kämpfer ohne Unterschied des Standes im Zivilleben ihr Alles hingeben, um Deutschlands Kluren vor feindlichen Eingriffen zu schützen, Deutschlands Volkswirtschaft, sein Handel, Gewerbe, seine Landwirtschaft und seine Industrie zu erhalten, damit es nach dem Kriege seine hervorragende Stelle auf dem Weltmarkte wieder einnehmen kann, während daneben mit übermenschlicher Kraft, außerordentlichen Anstrengungen und übergroßen Entbehrungen das Volk nie geahnte Leistungen vollbringt; Männer und

Frauen, Greise und Kinder für die Allgemeinheit arbeiten, sehen wir, wie Agrarier und Schwerindustrielle unter Nichtachtung königlicher Versprechungen, dem Volke jedes Quentchen Erweiterung seiner Rechte vorenthalten, mit schwarzen Listen berechnete Arbeiterforderungen unterdrücken, Arbeitswilligenheere organisieren und gelbe Organisationen finanziell unterstützen.

Viele Kriegsgewinnler und sonst reich Gewordene glauben ihr schlagendes Gewissen am besten damit zu beruhigen, wenn sie dem Volke für seine übermenschlichen Anstrengungen und Entbehrungen während des Krieges dadurch danken, daß sie mehr oder weniger große Summen für irgendeine Stiftung hergeben. Wird doch ihr Wohltätigkeitsfingerring in den Zeitungen gelobt und was die Hauptsache ist, ein lang entbehrter Vogel findet ein noch leeres Knopfloch an der linken Rocktaschenklappe reserviert, wenn nicht gar der Titel Kommerzienrat winkt. Der Stiftungsbeitrag schmerzt weiter nicht, kann er doch später durch Lohnabbau oder sonst ein bewährtes System der Mehrwertpresserei wieder eingebracht werden.

Aber nicht so denkt sich die breite Masse des Volkes, insbesondere die freiheitlich organisierte Arbeiterschaft, die Neuorientierung und die Gestaltung der Uebergangswirtschaft. Was sie will ist ein neues Deutschland, nicht neu durch Abtretung fremder Gebietsteile oder Abtretung eigenen Landes an jetzt ihm feindlich gesinnte Mächte, sondern neu innerhalb der jetzigen Grenze, durch grundlegende Veränderungen der kapitalistischen Gesellschaftsform.

Verderbliche Illusion wäre die Hoffnung zu erwecken, auf die Trümmer des Krieges, aus denen der Kapitalismus wunderbar gestärkt hervorgeht, unvermittelt eine neue und wohlgefällige Welt zu bauen. Erstens werden die jetzt Gewaltigen ihre Machtstellung nicht freiwillig aufgeben und dann fehlt zurzeit der fundamentale Unterbau für die zu erstrebende Weltordnung. Bildlich gesprochen: Stein um Stein muß von den veralteten Verliesen abgetragen, soweit Eignung noch vorhanden, behauen und modern umgearbeitet oder zur Schotter zer schlagen werden. Dann den Boden gut fundamentiert, geschulte Arbeiter herangezogen und der Neubau wird hochgebracht und wartet seiner einziehenden zufriedenen Bürger.

Die Wahlrechtsverhandlungen im preussischen Landtage mit ihrem negativen Erfolg für die Volksmehrheit, die Beschlüsse der Arbeitgeberorganisationen und gelegentliche Neußerungen der Scharfmacher weisen mit zwingender Notwendigkeit darauf hin, daß die Arbeiter in einheitlicher und geschlossener Front zur Wahrung ihrer Naturrechte fest zusammenstehen müssen. Diese Erkenntnis hat sich während des Weltkriege Bahn gebrochen und sie wird zum Ziele führen. Sichtbaren Ausdruck findet sie in dem Zusammenarbeiten der Leitungen der ver-

schiedenen Organisationsgruppen auf sozialpolitischem und gesetzgeberischem Boden, was dazu beitragen wird, daß die gegenseitige, oft in häßliche Formen gekleidete Bekämpfung nicht mehr zum Rüstzeug gewerkschaftlicher Methoden gehört. Nicht Weltanschauungen, nicht Religionsbekenntnisse, nicht Alter und Geschlecht dürfen fürderhin trennende Momente im proletarischen Kampfe um Arbeiterrechte sein. Innig verbündet werden die Arbeiter den Sieg erringen.

Ohne Zweifel wird auch mit manchen Vorurteilen gebrochen, viel Veraltetes, weil unnützer Ballast, über Bord geworfen werden müssen. Was aber mit Treue festgehalten werden muß, ist Aufklärung und Belehrung.

Nicht jeder einzelne für sich, sei er auch der beste und tüchtigste, ist imstande allein, das Ziel zu erreichen. Wer den Wohlstand der Gesamtheit und damit auch für sich erstrebt, muß sich eng mit seinen Berufsgenossen verbinden. Das geschieht am zweckmäßigsten in seiner Berufsgewerkschaft. Nach Hunderttausenden zählt noch das Meer derjenigen, die abseits am Wege stehen, wohl an den Erfolgen gewerkschaftlichen Ringens teilzunehmen, aber nicht an ihren Kämpfen. Hier gilt es immer wieder und wieder mit erneuten Kräften einzusetzen, um das Bollwerk des Indifferentismus niederzureißen. Je länger die Vastille der Gleichgültigkeit steht, je weiter ist der Zeitpunkt des endgültigen Sieges entfernt. Diese Binsenwahrheit muß noch mehr zum Gemeingut aller Arbeitnehmer werden. Erst wenn sie überall begriffen und danach gehandelt wird, ist die Möglichkeit gegeben, durchgreifend und wirksam die Interessen der breitesten Volksmassen zu vertreten.

Bevor der Krieg ausbrach, waren bereits mehr als 2½ Millionen Arbeiter fr-gewerkschaftlich organisiert, das heißt sie waren gewillt, im Sinne vorstehender Ausführungen zu wirken. So weit die Entlohnung, Arbeitszeitverkürzung und das Tarifwesen in Betracht kommt, sind die Erfolge dieser Bestrebungen auch nicht ausgeblieben. Leider hat der Krieg weit über die Hälfte aus ihren bisherigen Wirkungskreis gerissen, an deren Stelle nun unorganisierte, meist weibliche getreten sind. Ein Teil von ihnen hat bereits den Weg zur Organisation gefunden, hier muß Aufklärung und Belehrung einziehen, um so alle Lücken auszufüllen. Am zweckmäßigsten geschieht dies durch Lesen von Arbeiterzeitungen und Anhören von Vorträgen in Versammlungen. Des weiteren empfiehlt es sich, Werkstattbesprechungen anzubereiten, wo noch nicht gegeben, Vertrauensleute zu wählen, welche dann in regelmäßigen Zusammenkünften Stellung zu Berufs- und Organisationsfragen nehmen. Hier können auch die Adressen der zu den Fahnen einberufenen Kollegen gesammelt und versucht werden, mit unsern Feldgrauen in nähere Fühlung zu kommen. Ständiges Zusammenarbeiten

der Ortsverwaltungen mit den Vertrauenspersonen wird dazu beitragen, daß die Gewerkschaften bei der Demobilisierung und bei Eintritt des Friedensstandes alle an sie gestellten Anforderungen vollauf entspricht, damit die Kriegsentlassenen ihren Verband wieder so antreffen, wie zur Zeit, als sie ihn verlassen mußten.

Eine Verschleierung des Klassen-gegenatzes.

Der langjährige Leiter der Presseabteilung unseres Auswärtigen Amtes unter vier Reichskanzlern, der Geheimrat Otto S a m a n n, hat kürzlich unter dem Titel „Der neue Kurs“ seine Lebenserinnerungen herausgegeben, die besonders unsere innere politische Entwicklung unter den beiden Reichskanzlern Caprivi und Hohentlohe behandeln. Er geht von der Absicht aus, die sozialdemokratisch gesinnte und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft mit den neuen Verhältnissen auszuföhnen, indem er ihr die Zeit nach dem Tode Bismarcks menschlich näher zu bringen sucht. Er stellt die Behauptung auf, daß Bismarck allerdings ein unerböflicher Gegner der Sozialdemokratie gewesen sei und in ihrer gewaltigen Bekämpfung das einzige Rettungsmittel erblickt habe, aber daß nach seiner Entlassung im Jahre 1890 eingeschlagene neue Kurs sei entpungen aus dem Wunsche nach Versöhnung mit den Arbeitern. Wenn dieser Wunsch nicht erfüllt worden, wenn es vielmehr zu häufigen scharfen Zusammenstößen zwischen Regierung und Sozialdemokratie gekommen sei, so erkläre sich dies daraus, daß unverantwortliche Ratgeber, die im Bismarckischen Geiste lebten, und unerböfliche Scharfmacher, die von einer Gleichberechtigung der Arbeiter nichts wissen wollten, einen verderblichen und verhängnisvollen Einfluß auf die maßgebenden Personen und Stellen, besonders auf den Kaiser, ausgeübt hätten. Durch diese Einflüsse sei die Behandlung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in falsche Bahnen gedrängt worden, was umgekehrt natürlich dazu geführt habe, die Sozialdemokratie immer staatsfeindlicher zu machen. Inzwischen habe die Regierung allmählich ungelert und ihre Stellungnahme zur Sozialdemokratie geändert, diese Aenderung habe schon mit Caprivi eingesetzt. Hammann führt zwei Stellen aus Reichstagsreden Caprivis an, die einen völlig anderen Geist atmen, als den des Gewaltpolitikers Bismarck: „Die Regierung kann wohl niederhalten, niederschlagen, damit ist die Sache aber nicht gemacht, die Schäden, vor denen wir stehen, müssen von innen heraus geheilt werden“, und ferner: „Wir müssen uns nicht angewöhnen, diesen Arbeiterstand immer mit einem pessimistischen Blick anzusehen, wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, auch diese Leute wiederzugewinnen.“ In diesem Sinne hätten einsichtige Regierungsgesetze gearbeitet, und die Folge dieser Verständigungsarbeit sei beim Ausbruch des Krieges deutlich zutage getreten. Mit Bedauern blickt der Verfasser auf die heillosen inneren Kämpfe jener Jahre zurück, wobei er die sehr richtige Bemerkung macht, daß es in der nachbismarckischen Zeit an dem nötigen Geschick, die Gegenjächte unter den Menschen menschlich, durch gegenseitige Aussprache, zu überwinden, völlig gefehlt habe. Es seien überall Scheidewände gezogen worden und kein Mensch habe den andern verstanden. Die Regierung habe die praktische Erfahrung und die Tüchtigkeit der Arbeitervertreter ungenutzt gelassen, was im Interesse einer innern Stärkung unseres Volkskörpers bedauert werden müsse. Das sei nun wesentlich anders geworden und werde hoffentlich auch so bleiben, damit sich unsere Zukunft nach den schweren Schlägen des Krieges wieder günstig gestalten könne.

Die vorstehenden, von uns kurz wiedergegebenen Ausführungen Hammanns stellen seinen Herzen sicherlich ein gutes Zeugnis aus. Leider aber muß ein Verständigungsriede auf die Dauer stets scheitern an dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Die Kampfornen mögen sich ändern, die Kampfriten sich mildern und die Stellung der Regierung zwischen den

Kämpfenden mag unparteiischer werden, die Notwendigkeit des Kampfes bleibt bestehen. Und selbst wenn die deutschen Arbeiter gewillt wären, die Streitjacht zu begaben und auf dem Wege der friedlichen Verständigung ihr Geil zu versuchen, so würde diese Absicht doch zerschanden werden an dem Widerstand des Unternehmertums, das weder Will hat, seine Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren anzuerkennen, noch ihnen den ihnen zukommenden Anteil an der Gütererzeugung einräumen will. Aus der Arbeiterzeitungspresse klingt uns der laute Hohn entgegen über den Traum einer Versöhnung der Klassenbewußten Arbeiter mit den Unternehmern. Die Unternehmer wollen eben Herren im Hause bleiben und pfeifen auf die wirtschaftliche Demokratie, sie sind schon heute darauf bedacht, an den Löhnen zu knütern und ihren eigenen Gewinn zu steigern und sie können kaum die Zeit erwarten, daß sie ihren Arbeitern wieder zeigen, wer denn eigentlich im Wirtschaftsleben zu bestimmen hat. Und auf politischem Gebiet sind diese selben Herren im Bunde mit dem rückwärtigen Junkertum die ärssten Gegner einer Erweiterung der Volks- und Arbeiterrechte. Wie könnte da von einer Versöhnung die Rede sein?

Allerdings können auch die Gegner der Arbeiterbewegung nicht mehr verkennen, daß ein einfaches selbstherrliches Beiseiteschieben der Arbeiterforderungen nicht mehr angebracht ist. Die Arbeiter sind zu einer Macht geworden, mit der man bei der Neugestaltung unseres wirtschaftlichen Lebens zu rechnen hat und sie sind auch viel zu selbstbewußt geworden, um sich beiseite schieben zu lassen. Darum muß mit der bisherigen Politik der gewaltigen Unterdrückung gebrochen und es muß ein neuer Weg eingeschlagen werden, um die Arbeiter zufriedenzustellen. „Um einen gedeihlichen Fortgang der Gütererzeugung zu sichern“, schreibt die „Deutsche Arbeiterzeitung“ bei einer Besprechung des Hammannschen Buches, „wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als die Hauptgruppe der sozialdemokratischen Gefolgschaft, nämlich die Lohnarbeiterschaft, mehr als bisher von der Unerfölichkeit der Grundlagen unserer Wirtschaftsform zu überzeugen, um sie dadurch zu einer kritischen Nachprüfung der ihnen von ihren politischen Führern eingetrichterten Anschauungsweise zu veranlassen.“ Dies dürfte natürlich nicht auf dem Wege theoretischer Erörterungen geschehen, es müsse vielmehr praktisch dargetan werden, daß das Interesse der Unternehmer und Arbeiter an der Gütererzeugung ein gemeinsames ist. Bislang beruhe das Einkommen des Arbeiters lediglich auf dem Lohn, der von dem Ertrag des Unternehmens unabhängig sei, weshalb er kein Interesse habe an einem guten oder schlechten Geschäftsgange, sein Bestreben gehe ausschließlich darauf aus, den Arbeitslohn zu steigern, unbekümmert um die Lage des Geschäfts. „Der Klassenkampfgedanke fußt eben auf der Tatsache, daß die Lohnempfänger in des Wortes eigentlicher Bedeutung eine Klasse für sich bilden, die vollkommen gesonderte Interessen verfolgt und damit ganz von selbst eine Frontstellung gegenüber dem Unternehmertum gedrängt wird.“ Aus dieser richtigen Erwägung heraus wird dann die Forderung gezogen, daß die Arbeiter eines Betriebes in irgendeiner Form an dem wirtschaftlichen Ertrag beteiligt werden müßten.

Der Artikelschreiber spricht sich nicht ganz klar aus, wie er sich die Sache in der Praxis denkt. Das System der Gewinnbeteiligung, das früher als ein gangbarer Weg zur Versöhnung des Unternehmers mit dem Arbeiterinteresse angesehen wurde, lehnt er als ungeeignet ab. Es schwebt ihm offenbar die Möglichkeit vor, daß die Arbeiter kleine Aktien erwerben und auf diese Weise an dem Unternehmen beteiligt werden, wodurch sie ein Interesse gewinnen an dessen Gedeihen und sich der Solidarität zwischen Kapital und Arbeit bewußt werden. Sie sollen Gelegenheit bekommen, an der Erwerbswirtschaft aktiven Anteil zu nehmen, damit sie nicht immer nur Lohnempfänger bleiben, sondern zu Aktionären aufrücken. Dadurch, so meint man,

könne die Stellung der Arbeiterchaft zum kapitalistischen System im ungünstigen Sinne beeinflusst werden. Die Absicht läuft also darauf hinaus, die deutschen Arbeiter durch Zuhilfenahme kleiner Vorteile aus Klassenbewußten Kämpfern für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in solche für kapitalistische Interessen zu verwandeln und sie so mit dem Kapitalismus zu versöhnen. Der Plan ist ganz schlau ausgedacht, aber es scheint völlig ausgeschlossen, daß er Erfolg haben wird. Wer dies glaubt, kennt die deutschen Arbeiter nicht.

Bleibende Mängel im Koalitionsrecht.

Die Regierung hat endlich den Gesetzentwurf über die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung eingebracht. Die Zustimmung des Reichstags ist außer Zweifel. Damit fällt ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, und es wird ein neuer Schritt zur inneren Freiheit in Deutschland getan.

Aber so bedeutungsvoll und schätzenswert dieser Fortschritt ist, so notwendig ist andererseits die Warnung, ihn nicht zu überschätzen und die bleibenden Hemmungen des Koalitionsrechts nicht zu übersehen. Hemmungen, die teils durch die Gesetzgebung, teils durch den in Verwaltung und Rechtsprechung herrschenden Geist und endlich durch die wirtschaftlichen Machtverhältnisse verschuldet sind. Darauf machte in einem Vortrag im Frankfurter Gewerkschaftskartell Genosse Rechtsanwalt Dr. Einzheimer nachdrücklich aufmerksam.

Zunächst, so betonte Dr. Einzheimer, besteht immer noch der berüchtigte Expresparagraf, wozu es als Erpressung ausgelegt werden kann, wenn ein Gewerkschaftsleiter versucht, auf einen Unternehmer einzuwirken, um einen Streik zu verhindern. Das Reichsgericht steht noch immer auf dem Standpunkt, daß es einen rechtswidrigen Vermögensvorteil bedeutet, wenn jemand 5 Pf. Lohn mehr haben will und etwa mit der Arbeitsniederlegung droht. In der „Arbeitgeber-Zeitung“ ist schon geschrieben worden, daß jeder Streik eine Erpressung ist. Nach dem Kriege aber wird vielleich eine Arbeitseinstellung tausendmal unangenehmer empfunden werden können, wenn alle Produktivkräfte angespannt werden müssen, wenn die Ansicht allgemein wird: Jeder Streik schädigt das Volksvermögen. Dann kann unter dem Expresparagrafen noch viel, viel Unheil angerichtet werden.

Die zweite Hemmung ist, daß es immer noch möglich ist, das Streikpostenwesen zu verhindern. Wie die Pilze sind vor einigen Jahren die Polizeiverordnungen aus der Erde gewachsen, dadurch ist zwar das Streikpostenwesen an sich nicht verboten, aber es wird im „Interesse des Verkehrs“ nicht geduldet. Mit diesen Straßenpolizeiverordnungen, die es in das vom Richter nicht nachzuprüfende Ermessen jedes Schömanns stellen, ob er den Verkehr als bedroht ansieht, wird das Koalitionsrecht praktisch zum Teil ausgeschaltet. Mit Gefängnis bis zu 6 Wochen kann hier zerschmettert werden, was an praktischer Koalitionsfreiheit übrig bleibt.

Die dritte Hemmung ist die, die von Unternehmerseite kommt. Er kann mit jedem Arbeiter verfahren, sich beschäfigte dich nur, wenn du so oder so koalierst bist oder gar keinem Verein angehörst, er kann schwarze Listen anlegen, kann einen parteiischen Arbeitennachweis führen, kann ihm Vermögensangaben entziehen und anderes mehr. Das sind private Beschwernisse, die dem Koalitionsrecht hindernd in den Weg treten, die Beschränkung der persönlichen Freiheit.

Damit ist die Liste noch nicht erschöpft. Zur Koalitionsfreiheit gehört der Koalitionskampf: Streik, Boykott. Nun bleibt aber bestehen der § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der bei einer Handlung, die gegen die guten Sitten verstößt, den anderen Teil zum Schadenersatz verpflichtet. Will können die Urteile, die einen Streik zur Abschaffung der Heimarbeit, zur Erlangung des Verbotz der Nacharbeit oder zur Anerkennung der Gewerkschaft als gegen die guten Sitten gerichtet erklärten. Hier liegt die schwere Gefahr im Geiste des Richterturns, das heute individualistisch urteilt. Die Erziehung, die Klassenanschauung wird hier die Falltür für die Koalitionsrechte der Arbeiterklasse.

Gerade in diesem Zusammenhang sehen wir die feinen Fäden, die nach dem Dreiklassenwahlrecht hinübergeknüpft sind. Solange das Beamtenum dort eine reaktionäre Stütze findet, wird es sich so schnell nicht ändern. So ist die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts auch aus diesen wichtigen Fragen heraus eine Lebensaufgabe für die Gewerkschaften.

Das wichtigste ist aber: uns fehlt ein Koalitionsrecht, ein positives Recht. Lotmer in Vorn hat es ausgesprochen: Das Koalitionsrecht ist frei — nämlich vogelfrei. . . . Wollen wir ein Recht auf

Vereinigung, dann müssen auch die daraus hervor-
gehenden Handlungen rechtswirksam sein. Des-
halb müßte der Tarifvertrag, dieser Schutzwall des
Arbeiters, als eine rechtliche Verfassungsurkunde im
wesentlichen Leben geschützt sein. Der erste
Kritik in einem Koalitionsrecht müßte lauten, daß
dieserjenige, der das Koalitionsrecht schafft,
auch rechtserblich ist. Es gehört ferner dazu,
eine Anerkennung der Gewerkschaften als selbstver-
waltende Körperschaft und als Träger der sozialen
Gesetzgebung, als Fundament derselben. Im neuen
Arbeitsammergesetz ist ein kleiner Schimmer davon,
aber nicht mehr als das. Der Gesetzgeber hat nicht
den Mut, den Gedanken größer zu fassen, den Ge-
werkschaften in der Gesetzgebung ein positives Stück
zuzuwenden.

Eine weitere Hemmung, die bestanden bleibt, ist
der Herrenstandpunkt der Unternehmer. Die gleichen
Kreise, die keinen Verständigungsrieden wollen,
wollen auch dem Arbeiter gegenüber Herren im
eigenen Hause bleiben. Deshalb gehört zum Koalitions-
recht die Anerkennung der Gewerkschaften und
der Verhandlungszwang, die Verpflichtung zum Ver-
handeln. Es ist gemeingefährlich, einen Kampf
heraufzubeschwören, nur weil man mit einer Organi-
sation nicht verhandeln will.

Endlich das wichtigste: Das Koalitionsrecht muß
ein Stück persönlicher Freiheit sein. Jeder Versuch,
sie durch schwarze Listen oder andere Beschränkung
einzusengen, muß verpönt sein. Es gilt also, nicht
nur die negativen Hemmungen zu beseitigen, es gilt
auch aufzubauen. Die Gesetzgebung durch den Staat
hat den Nachteil, daß sie immer zu spät die Er-
fordernisse erfährt, hier müssen die Gewerkschaften
als die Pioniere erscheinen. Achttundentag, Arbeits-
zeitverkürzung, Schutz von Leben und Gesundheit,
das sind Dinge, die der Tarifvertrag regeln kann,
die wichtigste Aufgabe der sozialen Gesetzgebung muß
sein, hier schützend einzugreifen durch großzügige
Entwicklung des sozialen Rechts.

Warum bist du nicht organisiert?

Zunmer wieder ist man gezwungen diese Frage
an diejenigen Kollegen und Kolleginnen zu richten,
die heute im vierten Kriegsjahre noch nicht den Weg
zur Organisation gefunden haben. In die Antworten,
die man auf diese Frage meist erhält, glauben die
betreffenden Kollegen wohl selbst nicht. Das ist
manchmal, als ob ein Kind irgendeine Unart begangen
hätte und sich dann durch eine banale Ausrede zu
rechtfertigen sucht. Da ist einer, der sagt: Ich bin ja
nur während des Krieges in diesem Beruf beschäftigt;
sobald Frieden ist, gehe ich ja doch wieder. Ein an-
derer sagt ganz einfach: Ich muß erst sehen, wie es
nach dem Kriege wird; jetzt trete ich nicht ein. Und
ein ganz radikaler erwidert: Ja, was willst du, was
haben denn die Gewerkschaften bisher geleistet? Was
wir haben, das hätten wir ohne Organisation doch
auch.

Jeder Gewerkschaftler wird diese „Argumente“
absurd und lächerlich finden. Und doch tauchen sie,
trotzdem sie schon hundertmal widerlegt wurden, jeden
Tag von neuem auf. Da ist es doch schließlich not-
wendig, daß man diesen Kollegen und Kolleginnen
ein paar Worte ins Stammbuch schreibt.

Ich bin nur während des Krieges in diesem Be-
rufe beschäftigt, sagt der eine. Gewiß, unser Beruf
kann nicht für alle Zeiten eine derartige Ueberfüllung
mit Arbeitskräften ertragen, wie das gegenwärtig der
Fall ist. Aber was hat denn das mit der Organi-
sationsfrage zu tun? Gibt die Notwendigkeit der Or-
ganisation denn nur für unseren Beruf? Oder hat
das edle Sattlerhandwerk für diese Leute solch „gol-
dene“ Boden gehabt, daß sie nach dem Kriege über-
haupt nicht mehr nötig haben sich einen Erwerbs-
zweig zu suchen? Wohl jeder wird auch in Zukunft
gezwungen sein, sich seinen Lebensunterhalt durch
seiner Hände Arbeit zu verdienen. Da es aber heute
keinen Berufszweig mehr gibt, der nicht eine Inter-
essenerweiterung gegenüber dem Unternehmertum be-
steht, so ist es ganz gleichgültig, welchem Berufszweig
der eine oder der andere nach dem Kriege angehören
wird. Immer aber wird man die Organisationsfrage
in den Vordergrund stellen müssen; auch dort wird
man immer wieder versuchen, den betreffenden Ar-
beiter oder die Arbeiterin für diese Frage zu inter-
essieren, es sei denn, daß sich die Betroffenen nicht
schämen, auch dort das Leben eines Schmarobers
weiterzuführen, wie sie es bisher in unseren Reihen
getan haben. Jeder Mensch hat heute mehr denn
je die Verpflichtung, an der Hebung der sozialen Lage
der Arbeiterschaft mitzuwirken; das aber kann nur
im Rahmen der Organisation geschehen. Wir dürfen
keine Parasten innerhalb unseres Berufes dulden.

Ich muß erst sehen wie es nach dem Kriege wird,
sagt ein Zweiter. Wie es nach dem Kriege wird, das
weiß heute jeder, der nicht mit Blindheit geschlagen
ist. Die Unternehmerpreise erzählt uns in spalten-
langen Artikeln alle Tage, daß es so nicht weitergehen
kann, daß die „hohen“ Löhne an unseren Teuerungszu-
verhältnissen schuld sind und daß Deutschland bei

diesen Löhnen auf dem Weltmarkte nicht konkurrenz-
fähig bleiben kann; ergo: Löhne abbauen. Die
Unternehmerpreise sollen auch diesmal wieder auf
Kosten der Arbeiterschaft erzielt werden. In un-
geahnter Weise haben sich die Unternehmerorganisa-
tionen zu Machtfaktoren entwickelt. Der letzte Mann
wird herangezogen und auch die größten Geldopfer
werden nicht gescheut, um diese Organisationen aus-
zubauen. Und was tut ihr, um der Gefahr, die uns
in diesen Organisationen erwächst, entgegenzuwir-
ken? Ihr stellt Euch abseits, Ihr seit zu feig, Euer
Charakter ist zu erbärmlich, als daß Ihr den Mut
aufbringen könntet, mit in unseren Reihen zu kämp-
fen. In früheren Zeiten war es so, daß bei Lohn-
bewegungen von Unternehmer zu Organisation ver-
handelt wurde. In Zukunft wird es dahin kommen,
daß nur noch von Organisation zu Organisation ver-
handelt wird. Und wehe der Organisation, die
nicht stark genug ist, diesen Kampf zu übersehen.
Mögen diejenigen, welche die obige Ausrede für sich
in Anspruch nehmen, bei Zeiten daran denken, daß
auch sie die Verpflichtung haben, unsere Organi-
sationen zu stärken, mögen sie nun erblich den In-
differenzismus, ihre Ideenlosigkeit beiseite lassen,
damit wir den jäheren Kämpfen, die uns nach dem
Kriege bevorstehen, ruhig ins Auge sehen können.

Und nun noch ein paar Worte zu denen, die nicht
wissen wollen, was die Gewerkschaften bisher ge-
leistet haben. Hier mögen nur ein paar nackte
Zahlen für sich reden, die im Nu das „Kartensaus-
argument“ dieser Kollegen über den Haufen werfen
werden. Die freien Gewerkschaften Deutschlands
zählten an Kranken-, Arbeitslosen-, Streik-, Reise-
und sonstiger Unterstützung vom Jahre 1891 bis 1914
die schöne Summe von 389,9 Millionen Mark. Vom
3. August 1914 bis zum 31. Dezember 1917 wurden
119.494.914 Mk. an Unterstützungen gezahlt. Der
Verband der Sattler und Portefeuller zahlte allein
während des Krieges 611.783 Mk. an Unterstützungen.
Wäre es möglich, das herauszurechnen, was
mit Hilfe der Gewerkschaften für die Arbeiter an
Arbeitslöhnen herausgeholt wurde, es würden Tau-
sende von Millionen Mark sein, die an unserem
geizigen Auge vorbeimarshierten. Wo ist denn der
Unternehmer, der heute aus freien Stücken seinen
Arbeitern die Löhne erhöht oder ihnen sonstige Ver-
besserungen ihrer Lebenslage schafft. Er existiert
nicht; und wenn es doch irgendwo einen gebe, dann
ist es eine Ausnahme, die eben doch befristet, daß es
in der Regel anders ist, daß nur mit Hilfe der Or-
ganisation eine wirtschaftliche Hebung der Ar-
beiterklasse möglich ist. Wenn weiter behauptet wird,
wir hätten unsere gegenwärtigen Löhne auch ohne
Organisation erreicht, dann ist das eine Ideen-
losigkeit, die wirklich ihresgleichen sucht. Niemand
wird in stände sein, den Beweis zu erbringen, daß
man ohne Organisation bessere Lohn- und Ar-
beitsbedingungen schafft. Gewiß, dem einzelnen
wird es auf Grund seiner Kenntnisse möglich sein,
sich einen besseren Lohn zu verdienen. Das ist nicht
sein Recht, sondern seine Verpflichtung. Aber für
die Gesamtheit der Arbeiterklasse schafft man bessere
Lohn- und Arbeitsbedingungen nur durch machtvolle
Organisationen.

Diese Ueberzeugung muß in jedem Arbeiter, in
jeder Arbeiterin großgezogen werden, dann wird es
auch möglich sein, ein bißchen Sonnenschein in das
Leben des Arbeiters zu bringen.

Op. Schäfer.

Ist die Abhaltung eines Verbandstages in diesem Jahre möglich?

So fragt Kollege Künninger (Ulm) in Nr. 17
unserer Zeitung. Auch ich habe mir diese Frage des
öfteren vorgelegt; aber wenn man dann immer von
den maßgebenden Faktoren hört: es ist nicht möglich,
so mußte man sich damit begnügen. Nachdem aber
nunmehr eine ganze Anzahl Verbandstage bzw. Kon-
ferenzen stattgefunden haben — Metallarbeiter, Bau-
arbeiter, Kürschner, Textilarbeiter, im Mai die Buch-
drucker —, kann man wohl doch nicht mehr sagen, es
ist nicht möglich.

Da wir im Osten zu einem Friedensschluß ge-
langt sind, sind auch für uns im Westen die Aussichten
doch derartig, daß die Hoffnung in uns wohl auf-
leben kann, auch hier vom Ziele nicht mehr so ent-
fernt zu sein; dann aber muß unsere Organisation
gepumpt dastehen, um den großen wirtschaftlichen
Erschütterungen standhalten zu können. Optimisten
meinen ja auch heute noch, für uns gibt es nach dem
Kriege eine lebhaftige Geschäftstätigkeit; wer aber die
Verhältnisse und den Stand des Arbeitsmarktes ver-
folgt, wird als Antwort ein großes Fragezeichen
machen müssen. Ich bin gewiß kein Schwarzseher,
aber ein gelindes Grauen überläuft einem, wenn man
jetzt schon sieht, daß das Angebot der Ware Arbeits-
kraft größer ist als die Nachfrage und nicht nur in
unserem Beruf. Wie soll das erst werden, wenn die
Millionen aus dem Felde zurückkommen?

Und hierüber muß unbedingt ein Verbandstag
diskutieren; dann sind auch noch andere Fragen zu
erledigen, taktische Frage, Beschläufe der Generalkon-
mission und Vorstandskonferenzen, die man nicht so
ohne weiteres ad acta legen kann. Zudem sind auch,
wie Kollege K. ganz richtig bemerkt, eine Reihe rein
organisatorischer Gegenstände zu erörtern — Unter-
stützungswesen, Agitation, Finanzen usw., die wohl
die Abhaltung eines Verbandstages notwendig ma-
chen nach 6 Jahren.

Was die Erhöhung der Beitragsteile betrifft, so
ist nach meinem Dafürhalten jetzt nicht der geeignete
Zeitpunkt dazu, um dieselben zu erhöhen; es könnte
aber auch hier ein Modus gefunden werden, der bei-
den Teilen gerecht wird; denen, die immer aus der
Lohnkasse zuziehen — wenn was da ist — und denen,
welche noch was übrig behalten. Da in normalen
Zeiten ja auch die Krankenunterstützung wieder vom
7. Tage an gezahlt wird, so erleidet unsere Kasse auch
wieder eine Einbuße, zumal viele unserer Kollegen
sehr krank und geschwächt zurückkommen. Wir müssen
aber danach streben, finanziell möglichst stark zu sein,
um allen Ansprüchen gerecht werden zu können, denn
durch Erhöhung der Beiträge allein ist uns auch nicht
geholfen.

Es gibt der Punkte noch mehr, die eine Aus-
sprache erfordern und deshalb ist es notwendig, wenn
ein Verbandstag oder eine Konferenz stattfindet.
Oder wollen wir warten, bis wir nachher im großen
Tosuwadobu mitten drin sitzen?

Wilh. Zerweiss, Herdecke (Ruhr).

Sitzung der Stuttgarter Schlichtungskommission für das Lederausrüstungsgewerbe

am Dienstag, den 23. April, nachmittags 3 Uhr, im Sitzungszimmer des Gewerbegerichts.

Anwesend: von Arbeitgeberseite die Herren: Weidenbacher und Müller als Beisitzer, Dr. Kothe als Vertreter des Verbandes Württemb. Militäräffellenfabrikanten. Ferner die Herren: Schildknecht, G. Michheimer, Bachmann (von der Firma W. Knoll), Raumann und Elbers (von der Firma C. Wehr in Remlingen).

Von Arbeitnehmerseite die Herren: Gahn und Weller als Beisitzer, Irg als Vertreter des Verbandes der Sattler und Portefeuller.

Der Vorsitzende Herr Weidenbacher eröffnet die Sitzung und bittet dringend um möglichst sachliche und rasche Verhandlung. Ein „unparteiisches“ Protokoll wird beiderseits für unnötig erachtet.

Zur Verhandlung kommt:
1. Forderung des Schuhmachers Jauch an die Firma Wilh. Knoll. Herr Irg macht die Forderung geltend, und zwar verlangt er für Jauch den Sattlerlohn statt des ihm gewährten Hilfsarbeiterlohns. Herr Bachmann begründet den Standpunkt seiner Firma (Knoll) und betont aus-
drücklich, daß Jauch ausschließlich mit Stangen und Leinwand mit Sattlerarbeiten beschäftigt worden sei. Der Arbeiter Jauch wird zu den Verhandlungen gerufen und vernommen.

Beschluß: Eine Einigung wird nicht erzielt.

2. Festsetzung einer Entschädigung für Heberschichten an einige Arbeiter der Firma Schildknecht. Es handelt sich um zwei Fälle, die durch Betriebsstörungen hervorgerufen wurden. Herr Schildknecht, der nur einen Fall kennt, erklärt sich bereit, privatim, ohne einen Präzedenzfall zu schaffen, 50 Proz. des Lohnausfalls zu zahlen. Der Vorsitzende schlägt 1 Mk. pro Stunde vor.

Beschluß: Das freiwillige Angebot einer Entschädigung in Höhe von 1 Mk. pro Stunde im Sinne einer freiwilligen Entschädigung wird angenommen.

3. Beschlußfassung über die Art der Entschädigung von Zeitversäumnissen an die Mitglieder der Arbeiteraus-
schüsse. (Antrag der Arbeiterorganisation zu Ziffer 5 der besonderen Vereinbarungen des Reichstarifs.)

Beschluß: Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Ziffer 5 der besonderen Vereinbarungen bestehen nicht, jedem einzelnen Betriebe ist die Regelung der Vereinbarung gemäß Ziffer 5 zu überlassen.

4. Festsetzung der Akkordpreise für Tornister. Dieser Punkt wird abgelehnt, damit bei der Auskunftsstelle in Berlin Auskunft darüber eingeholt wird, was unter „Reisnach“, Post. 2a, zu verstehen ist.

5. Forderung des Sattlers Dobler an die Firma G. Michheimer in auf Nachbezah-
lung zu niedrig bemessenen Akkordlohn und zu wenig erhaltener Teuerungszulage. Für die Firma Michheimer wird folgender Grundpreis für den Tornister festgelegt:

Grundpreis	4,20 Mk.
30 Proz.	1,26 "
Schanzzeugtragvorrichtung	—,39 "
<hr/>	
Mieten	5,85 Mk.
<hr/>	
† 20 Proz. für Heimarbeit	—,23 "
<hr/>	
† Vorstechen	6,08 Mk.
<hr/>	
	7,25 Mk.
<hr/>	
	—,03 "
<hr/>	
	7,28 Mk.

Daraus ergibt sich als Preis des Tornisters für die Heimarbeit einschließlich der für diese festgesetzten Teuerungszulage 7,28 Mk. einschl. Vorarbeiten und Mieten.

Für die bis zum heutigen Tage gefertigten Tornister, soweit die Vorarbeiten von der Firma S. Reichheimer selbst vorgenommen wurden, kommen 25 Pf. von vorstehendem Preis in Abzug. Ferner kommt in Abzug für Befehlen des Tornisterbuckels und der Separationen —,65 Mk. + Teuerungszulage 20 Proz. —,13 Mk. = —,78 Mk.

Der Firma S. Reichheimer u. Co. wird auferlegt, zu niedrig bezahlte Löhne nachzuholen.

6. Einreichung der Firma E. Wehr, Wendlingen, in die Stuttgarter Ortsklasse. Nach längeren Verhandlungen erklärt sich Herr Elbers als Vertreter der Firma Wehr, Wendlingen, damit einverstanden, daß Wendlingen in die Ortsklasse — 3 — (10 Proz.) eingereiht wird.

7. Einwendungen der Hilfsarbeiter bei der Firma Knoll wegen Nichtbezahlung von prozentualen Teuerungszulagen bei Afforden für Leinen, Mieten usw. Die Firma Knoll bezahlt für solche Arbeitsleistungen Stundenteuerungszulage.

Eine Einigung kann nicht erzielt werden.

Außerhalb der Tagesordnung wird bezüglich der Fadenfrage angeregt, daß der Faden nicht nach der Länge bzw. dem Knäuel, sondern nach dem Gewicht berechnet wird.

Ges. zu Punkt 1—3 einschl.: Dr. Kothke.

Für das übrige: D. Wachmann.

Die Entlassung der im Jahre 1869 geborenen Landsturmeute.

Zu derselben Zeit, wo England die Wehrpflicht auf 50 Jahre ausdehnt, weil seine Hoffnung auf den endgültigen Sieg zu wanken beginnt, schreitet Deutschland dazu, den ältesten Jahrgang seiner Landsturmmänner, die neunundvierzigjährigen, zu entlassen. Am 1. April hat das Kriegsministerium verfügt:

Die im Jahre 1869 geborenen, auf Grund der Landsturmankäufe zu den Fahnen einberufenen Landsturmeute sind spätestens am 30. April zu entlassen, sofern sie nicht freiwillig im Dienst bleiben wollen. Dementsprechend ist von der Einberufung solcher Leute in Zukunft abzusehen.

Damit ist ein Verlangen erfüllt, das von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits vor Jahren gestellt und nicht mehr aus dem Auge gelassen wurde. Im März 1916 beantragten die Sozialdemokraten: bei der obersten Heeresleitung zu veranlassen, daß Mannschaften, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, in weiterem Umfang als bisher hinter der Front verwendet werden. Dieser Antrag fand keine Mehrheit. Im Oktober 1916 beantragten die Sozialdemokraten dann: „daß die Jahrgänge 1869 und 1870, letztere sobald das 47. Lebensjahr vollendet ist, aus dem Heeresdienst entlassen werden“. Auch dieser Antrag fand nicht die Zustimmung der bürgerlichen Parteien, die sich vielmehr damit begnügten, für die verheirateten Mannschaften der älteren Jahrgänge längeren Heimatsurlaub, soweit es aus militärischen Gründen anständig erscheint, zu fordern. Die Forderung der Entlassung der alten Jahrgänge ist dann noch mehrmals von sozialdemokratischer Seite gestellt worden; die Heeresverwaltung verhielt sich ablehnend. Schließlich gelangte ein gemeinsamer Antrag Müller-Meinungen, Stücklen, Fehrenbach und Strefemann zur einstimmigen Annahme, der den Reichskanzler ersuchte, dafür Sorge zu tragen, daß die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 sobald als möglich geschieht. Soweit der Jahrgang 1869 in Frage kommt, ist diesem Verlangen jetzt Rechnung getragen worden. Mit dem 30. April werden die nun im 49. Lebensjahr stehenden Landstürmer an den heimischen Herd zurückgeführt sein; hoffentlich folgt der nächste Jahrgang nunmehr bald nach. Auf die Kriegsfreiwilligen bezieht sich die Entlassung nicht; denn diese haben sich freiwillig für die Dauer des Krieges zum Dienst verpflichtet.

Unsere Zahlstellen müssen nun überall dafür sorgen, daß sich unsere zurückkommenden Verbandsmitglieder unverzüglich beim Verbandsamt anmelden, damit sie nicht ihre alten Rechte verlieren.

Korrespondenzen.

Breslau. (1. 5.) Am 23. April fand im Kaffee-Restaurant Karlsruh. 87 eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollega Niedel-Berlin über den neuen Reichstaxtarif berichtete. Derselbe erklärte den Gang der Verhandlungen und wies darauf hin, daß die Fabrikanten nur mit Mühe einige Verbesserungen zugestanden haben. U. a. wurden die Mindeststundenlöhne um 4 bis 6 Pf. erhöht. Auch die Instandsetzungsarbeiten wurden in den neuen Tarif aufgenommen und sollen in der Regel im Stundenlohn ausgeführt werden. Von den 300 von unseren Vertretern zur Aufbesserung vorgeschlagenen Positionen gelang es nur mit größter Mühe bei 58 Positionen, eine Aufbesserung zu erreichen. Die Stundenteuerungszulage wurde umgeändert in eine prozentuale nach dem Verdienst und erhalten die weiblichen Stücklohnarbeiter dieselben Lohnsätze wie männliche. Der neue Tarif hat Gültigkeit bis 1. Oktober 1919. Im Anschluß an den Vortrag forderte der Redner die Anwesenden auf, den Verband zu stärken, damit er auch ferner seine Aufgaben erfüllen kann. Nach Erledigung einiger Werkstatangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. Erschienen waren zirka 120 Mitglieder.

Soziales.

S. P. Die Arbeitslosigkeit im ersten Vierteljahr 1918. Die Arbeitslosigkeit hat sich in dem 1. Quartal 1918 etwa auf der gleichen Höhe gehalten, trotz der immer größeren Schwierigkeiten, die die Beschaffung der Rohmaterialien für die Fabrikation bereitet. An der vom „Reichs-Arbeitsblatt“ regelmäßig veranstalteten Erhebung über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden hatten sich diesmal 36 Verbände mit 1244 687 Mitgliedern am letzten Stichtage beteiligt, von denen 1176 387 durch die Statistik erfasst wurden. Davon waren arbeitslos am 26. Januar 9882 Personen = 0,9 Proz., am 23. Februar 8308 Personen = 0,8 Proz. und am 30. März 10206 Personen = 0,9 Proz. Ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer Erhebungen zeigt folgendes Bild:

Ende	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Januar	1,7	2,9	4,2	2,6	2,6	2,9
Februar	1,6	2,7	4,1	2,3	2,2	2,6
März	1,3	2,5	3,5	1,8	1,9	1,6
April	1,3	2,3	2,9	1,8	1,8	1,7
Mai	1,4	2,8	2,8	2,0	1,6	1,9
Juni	1,4	2,9	2,8	2,0	1,6	1,7
Juli	1,4	2,7	2,5	1,9	1,6	1,8
August	1,4	2,7	2,3	1,7	1,8	1,7
September	1,4	2,7	2,1	1,8	1,7	1,5
Oktober	1,6	2,9	2,0	1,6	1,5	1,7
November	1,7	3,2	2,0	1,6	1,7	1,8
Dezember	2,7	4,4	2,6	2,1	2,4	2,8

Ende	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Januar	3,2	4,7	6,5	2,6	2,7	0,9
Februar	2,9	3,7	5,1	2,8	1,6	0,8
März	2,3	2,8	3,3	2,2	1,3	0,9
April	2,3	2,8	2,9	2,3	0,1	—
Mai	2,5	2,8	2,9	2,5	1,0	—
Juni	2,7	2,5	2,5	2,5	0,9	—
Juli	2,9	2,9	2,7	2,4	0,8	—
August	2,8	2,4	2,6	2,2	0,8	—
September	2,7	15,7	2,6	2,1	0,8	—
Oktober	2,8	10,9	2,5	2,0	0,7	—
November	3,1	8,2	2,5	1,7	0,7	—
Dezember	4,3	7,2	2,6	1,6	0,9	—

In keinem der früheren Jahre ist also eine annähernd so niedrige Arbeitslosenziffer zu verzeichnen gewesen wie im letzten haben Kriegsjahre. Dabei war die Arbeitslosenziffer der weiblichen Mitglieder immer noch eine bedeutend höhere als die der männlichen: während Ende März nur 0,4 Proz. der erfahnten männlichen Mitglieder arbeitslos waren, waren es bei den weiblichen Mitgliedern 2,1 Proz.

Von den großen Gewerkschaften hatte der Verband der Metallarbeiter Ende März 0,2 Proz., der der Fabrikarbeiter 0,4 Proz., der der Holzarbeiter 0,7 Proz., der der Bauarbeiter 1,5 Proz. und der der Transportarbeiter 0,2 Proz. Arbeitslose, während die Textilarbeiter die hohe Zahl von 5,6 Proz. Arbeitslosen aufwiesen.

Sie stehen damit an zweiter Stelle unter allen berichterstattenden Verbänden überhaupt und wurden nur von den Gut- und Fischwarenarbeitern übertroffen, die 8,5 Arbeitslose zählten. An dritter Stelle stehen die Tabakarbeiter mit 4,0 Proz., an vierter die Bau- und Steindruckerei-Giltsarbeiter mit 3,6 Proz. An letzter Stelle der Reihe stehen der christliche Metallarbeiter- und der Gutenbergbund mit je 0,1 und der christliche Holzarbeiter- und der christliche Töpferverband mit je 0,0 Proz. Arbeitslosen.

Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosenfalles im ganzen Vierteljahr war 16 Tage; auf je 100 Mitgliedertage kamen 0,6 Arbeitslosentage.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Der wöchentliche Beitrag für die Ortsverwaltung Stuttgart beträgt ab der 19. Woche für männliche Mitglieder 95 Pf. und für weibliche 55 Pf. Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Fürkenwalde (Spree). B. Fritz Koosch, Keßchen-dorf, Bahnhofstraße. K. Otto Karras, Langewahl, Golmer Straße.

Briefkasten der Redaktion.

G. Sch. in D. Besten Dank für Eingekamtes. Das Gebicht ist gut gemeint, entspricht aber nicht den Anforderungen.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Mitglied Friedrich Mees, Müßelsheim, 19 J. alt. Ehre seinem Andenken!

Verband der Sattler und Portefeuller, Ortsverwaltung Berlin.

Am Dienstag, den 14. Mai 1918, abends präzis 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches.
2. Bericht und Abrechnung vom 1. Quartal 1918.
3. „Gewerkschaften und Volksfürsorge“. Referent: Geschäftsführer Herr B. Müller.
4. Diskussion.
5. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch bzw. Karte kein Zutritt.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der reichhaltigen und wichtigen Tages-Ordnung wegen erwartet zahlreiches Erscheinen

Die Ortsverwaltung.

Gut eingef. Vertreter

der Ledertwaren-Branche sucht Vertretung erster Firmen für Platz Breslau.

Erich Hirsch, Breslau 2

Blumenstraße 10.

Züchtiger Koffermacher

sofort für dauernd gesucht.

Berner & Steinmetz, Nürnberg.

Kantennähmaschine Mars,

wenig gebraucht und sehr gut erhalten, zu verkaufen.

Rhenania, Viersen.

Prima Lederschwärze

liefert

Chemische Fabrik Köthen,

Köthen-Anhalt.

Jeder Sattler,

der durch Herausgehen der Abheisen bei schwerer Arbeit Verrger und Zeitverlust hat, lasse sich von mir eine Probable kommen, welche alle Fehler beseitigt und mit welcher es eine Freude ist, zu arbeiten.

Zu beziehen durch

Karl Schiller, Stuttgart, Luisenplatz 6.

Die besten Wertzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franco.